

Welche Rolle spielt die Bildung bei dem Weg der Migranten in die Gesellschaft?

Herbstplenartagung, 17.-19. November 2017

Bestandsaufnahme von fluchtbezogener Migration und schulischen Integrationsbemühungen

Mehrere Jahre nach der großen Flucht- und Vertreibungswelle hat der Bundeselternrat eine Bestandsaufnahme der bildungspolitischen Integrationsbemühungen in Deutschland gezogen. Es ist unstrittig, dass die ersten Jahre schnelle, pragmatische und teilweise provisorische Lösungen erfordert haben. Tausende Freiwillige und das überragende Engagement vieler Schulen sowie unzähliger Lehrerinnen und Lehrer haben bislang meist ein Ankommen der Geflüchteten ermöglicht.

Mittlerweile sollte Normalbetrieb in den Schulen herrschen, aber Schulleitungen, Lehrkräfte und Ehrenamtliche müssen immer noch Aufgaben übernehmen, für die sie nicht ausgebildet sind. Schulen fühlen sich mit der Bewältigung von Migrationsfragen alleingelassen. Darunter leiden nicht nur die geflüchteten Kinder und ihre Familien, sondern alle an Schule Beteiligten.

Ob es gelingt, insbesondere jugendliche Geflüchtete in unsere Gesellschaft zu integrieren, hängt ganz wesentlich von systematischen Unterstützungsstrukturen an den Schulen ab. Für die Länder sowie die Bundesregierung ist es ein grundgesetzlicher Auftrag, den Kindern mit Migrationshintergrund bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse und Bildungschancen zu ermöglichen. Gleichzeitig muss es gelingen, dass niemand in den Maßnahmen für die Integration der geflüchteten Kinder eine Benachteiligung der eigenen Kinder sieht.

Die Umsetzung von Integration an Schulen deckt die bestehenden Herausforderungen und Defizite eines veralteten und nicht zeitgemäßen Schulsystems auf.

Auf der diesjährigen Herbstplenartagung hat der Bundeselternrat Stärken und Probleme der aktuellen Integrationsbemühungen in den Bundesländern über alle Schulformen hinweg beispielhaft zusammengetragen:

Das läuft gut	Das läuft häufig schlecht
Vielerorts kann ein großes Engagement von Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulleitungen erlebt werden - oftmals trotz fehlender Ressourcen.	An vielen Schulen fehlen Ansprechpartner und Unterstützungsstrukturen aus multiprofessionellen Teams von Sprachlehrern, Schulsozialarbeitern, Sprach- und Kulturmittlern, Förderkräften, Psychologen und Integrationshelfern, die sich um alle förderbedürftigen Kinder kümmern.
Die Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) und die DAZ-Klassen (Deutsch als Zweitsprache) haben sich sehr gut bewährt.	Der Mangel an gut ausgebildeten DAZ- (Deutsch als Zweitsprache) und DAF-Lehrkräften (Deutsch als Fremdsprache) wirkt sich problematisch aus. Zugleich sind diese Lehrkräfte teilweise deutlich schlechter bezahlt als das reguläre Lehrerkollegium.
Die Einführung von externen Kulturmittlern bewährt sich - Schule und Sozialarbeit finden unter Einbindung der Eltern mit Migrationshintergrund statt. Ihre Bezahlung und Ausbildung sichert zugleich die Professionalität der Arbeit ab.	Trotz langjähriger Zuwanderungssituation befinden wir uns noch immer nicht in geordneten Verfahren und Prozessen. Die Qualität bei dem Umgang mit Zuwanderung in Bundesländern, Städten und Kommunen ist höchst unterschiedlich.

In einigen Bundesländern gibt es eine gesetzlich verankerte Schulpflicht ab dem ersten Tag nach Einreise und nach Verlassen der Sammelunterkünfte, die es unabhängig vom Aufenthaltsstatus gibt.	Die Bundesländer haben unterschiedliche Regelungen bezüglich der Schulpflicht und des Beginns des Schulbesuchs und der Sprachförderung. Diesbezüglich uneinheitliche Regelungen in den Bundesländern führen zu ungleichen Bildungschancen.
Projekte mit der Einbindung von Familien mit Migrationshintergrund, z.B. Familienklassenzimmer, Migrantenerlernertrainer, Projekte der Elternstiftung, Ehrenamtliche von Eltern-für-Eltern, Stadtteilmütter und Patenschaftsprojekte haben sich sehr bewährt.	Die Qualität der Arbeit vieler Pädagogen sowie ihre Aus- und Weiterbildung entspricht oft nicht den Anforderungen einer multikulturellen Schülerschaft.
Die Übernahme der Dolmetscherkosten z.B. auch für Eltern-Lehrer-Gespräche ist vorbildlich.	Die fehlenden Übernahmen von Dolmetscherkosten stellen vielerorts eine starke Einschränkung dar.
	Bestimmte Schulformen tragen einseitig die Hauptlast der Integrationsbemühungen.
	Die häufig fehlende Vernetzung erschwert eine Professionalisierung und führt zu Insellösungen.
	Traumatisierte Kinder gehen ohne medizinische Unterstützung in den Unterricht.
	Die Zuweisung von geflüchteten Kindern auf wenige Schulstandorte führt zur Ausgrenzung.
Aus vielen Schülerschaften heraus entstanden solidarische Bewegungen zur Unterstützung ihrer Mitschüler mit Migrationshintergrund (z.B. in Form von Lernpatenschaften, bei Abschiebungen).	Vorbehalte und fehlende Sensibilität bei einigen Eltern.
Nutzung von digitalen Medien zur Vermittlung des deutschen Schulsystems für zugewanderte Eltern, z.B. das „Cartoon-Video“ auf Facebook in arabischer Sprache.	
Webbasierte Analyseverfahren („2P“) zur Ermittlung der fachlichen und überfachlichen Kompetenzen.	
	Zu wenig Lehrende mit Migrationshintergrund.
	Fehlende neue Schulen/Ausstattung um Zustrom zu meistern.
	Kinder werden aufgrund fehlender Deutschkenntnisse zu oft auf Haupt- und Förderschulen verteilt.
	Die Ressourcen von Schulen werden vielerorts nicht auf die veränderte Bedarfssituation angepasst. So entsteht eine Ressourcenkonkurrenz zwischen Kinder mit unterschiedlichen Förderbedarfen (Inklusion/Integration).
	Es fehlen Förderprogramme für Flüchtlinge zwischen dem 16. und 25. Lebensjahr.

Im Ergebnis dieser Bestandsaufnahme sieht der Bundeselternrat dringenden Handlungsbedarf.

Damit nicht der Wohnort über die Integrationschancen von Schülern entscheidet, fordert der Bundeselternrat einen Beschluss der KMK zu einer Beschulung geflüchteter Kinder vom ersten Tag an.

Ausschlaggebend für eine gelungene Integration unter den neuen Bedingungen ist dabei das Personal an den Schulen. Der Bundeselternrat fordert die Landesregierungen aller Bundesländer auf, entsprechende Fachkräfte sowie Finanz- und Sachmittel für die Schulen zur Verfügung zu stellen.

„Wir brauchen multiprofessionelle Teams z.B. aus Sprachlehrern, Schulsozialarbeitern, Sprach- und Kulturmittlern, Förderkräften, Psychologen und Integrationshelfern, die sich um alle förderbedürftigen Kinder kümmern - an jeder Schule! Es darf nicht sein, dass Schulleitungen, Lehrkräfte und Ehrenamtliche alleine für den Integrationserfolg sorgen müssen“, so die Forderungen des Bundeselternrats im Rahmen der Herbstplenartagung 2017.

Integration kann nur dann gelingen, wenn es verlässliche Strukturen an allen Schulen gibt. Zusätzliches Geld muss dort investiert werden, wo die Zukunftschancen für alle unsere Kinder entstehen - in Bildung!

Diese Resolution wurde am 19.11.2017 in Potsdam im Rahmen der Herbstplenartagung 2017 vom Plenum des Bundeselternrats mehrheitlich verabschiedet.